

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des

SCHUL-, KULTUR- UND SOZIALAUSSCHUSSES

am Montag, den 30.05.2011

in Balingen

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:55 Uhr

Normalzahl: 21 Mitglieder
Davon anwesend: 21 Mitglieder

Anwesend

Günther-Martin Pauli MdL
Schriftführer/in: Anja Schädle

Verwaltung

Name

Frankenberg Matthias
Heneka Christoph
Schmidberger Adelbert
Wiget Eberhard
Wolf Karl

Abwesend:**Bündnis 90 / DIE GRÜNEN****Name**

Konrad Flegr

-/-

Anwesend:**CDU****Name****Vertreter für**

Conradi Dörte

Eisenlohr Max

Dr. Merkel Edmund

Dr. Rewes Bernhard

Schmid-Lorch Heidi

Ungermann Josef

Dr. Wältner Hartmut

Freie Wähler**Name****Vertreter für**

Beck Werner

Dr. Häffner Jürgen

Hepp Christoph

Jessen Werner

Lehmann Gerhard

Widmaier Johann

SPD**Name****Vertreter für**

Gruler Ingrid

Ziemen Wolfgang

Zimmermann-Fütterer Helga

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN**Name****Vertreter für**

Kieckbusch Susanne

Reyer Albert

Flegr, Konrad

FDP**Name****Vertreter für**

Dr. Holderied Mario

Weber Marlene

ZOLLERNALBKREIS

Blatt

Niederschrift über die Sitzung des Schul-, Kultur- und Sozialausschusses
am Montag, 30.05.2011 in Balingen

öffentlich

DIE LINKE

Name

Jaensch Eberhard

Vertreter für

Ferner waren anwesend:

Name

Eugen Straubinger

Funktion

Landrat Günther-Martin Pauli MdL begrüßt die Mitglieder des Gremiums, die Zuhörer sowie die Vertreter der Presse. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist.

TOP 1:
Bildungslandschaft Zollernalbkreis
SKS-Nr. 7/2011

Landrat Pauli begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt **Herrn Gayer** vom Staatlichen Schulamt Albstadt, der in Vertretung für Herrn Schultheiß gekommen ist. Ebenso begrüßt er **Kreisrat Ziemer** als Mitarbeiter des Staatlichen Schulamtes, das wesentlich an der Erstellung des Bildungsberichts beteiligt gewesen ist.

Herr Wolf, Leiter des Haupt-, Kultur- und Schulamtes, führt in das Thema ein.

Kreisrätin Kieckbusch bemängelt, dass es keinen Korridor für Haupt- und Realschüler gebe, die an ein berufsbildendes Gymnasium wechseln wollen. Deshalb interessiert sie, welche Zahlen es für den Übergang gebe und was die Voraussetzungen sind an ein berufsbildendes Gymnasium zu kommen.

Herr Straubinger, Geschäftsführender Schulleiter, informiert, dass für Hauptschüler der mittlere Bildungsabschluss Voraussetzung sei. Beim mittleren Bildungsabschluss benötige man dann einen Schnitt von 3,0 in den Kernfächern, um sich an einem berufsbildenden Gymnasium anzumelden. Wenn es eine Bewerberüberzahl gebe, könne es sein, dass sich die Auswahl nach dem Notendurchschnitt richte. Das Problem seien immer wieder die Vielfachbewerbungen, da sich die Schüler oftmals auch in anderen Landkreisen bewerben.

Herr Heneka, Dezernent der Haupt- und Finanzverwaltung, versichert, dass die Zahlen auch rückwirkend zusammengestellt werden können und **Kreisrätin Kieckbusch** zur Verfügung gestellt werden.

Kreisrat Dr. Merkel bedankt sich für den Bildungsbericht, der eine vorzügliche Bestandsaufnahme zeige. Die Aussagen in den Vorworten sowohl von **Landrat Pauli** als auch von **Herrn Gayer** können bestätigt werden. Bezugnehmend auf den letzten Absatz von **Herrn Gayer** möchte **Kreisrat Dr. Merkel** wissen, was in der Bildungslandschaft auf uns zukomme. Ob hier im Ländlichen Raum eventuell eine Gemeinschaftsschule eingeführt werde. Was die Bildungslandschaft für die kleinen Schulstandorte im Ländlichen Raum bedeute. Zudem möchte er wissen, ob es schon Signale der neuen Landesregierung gebe, und was diese für unsere 25 Städte und Gemeinden im Zollernalbkreis bedeuten. Er ist der Meinung, dass man auf Bewährtem aufbauen und Neues ausprobieren sollte. Den Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung ansprechend, möchte er wissen, ob wir auf dem bisherigen Weg weitermachen können, oder ob wir mit den Planungen zuwarten müssten.

Landrat Pauli antwortet, dass ihm der Koalitionsvertrag jetzt nicht vorliege und er darüber im Moment nichts sagen könne.

Kreisrat Ziemer möchte auch seinen Dank an die Personen aussprechen, die die Bestandsaufnahmen gemacht haben. Diese Bestandsaufnahmen helfen uns

festzustellen, was es eigentlich im Kreis gebe und das ist sicherlich sehr hilfreich. Er ist der Meinung, dass man gelassen abwarten sollte, wie sich die Dinge entwickeln.

Kreisrätin Zimmermann-Fütterer möchte **Kreisrat Dr. Merkel** aufklären. In der Süddeutschen Zeitung konnte man lesen, dass Ministerin Annette Schavan die Hauptschulen abschaffen möchte. Sie ist ebenfalls der Meinung, dass man einfach abwarten sollte, was sich in welche Richtung bewegt. Sie spricht das Problem in Frommern an, wo die Haupt-, Real- und Werkrealschule auf einem Gelände seien und es zwei Rektoren gebe. Hier habe man schon oft vorgeschlagen, dass es nur einen Schulleiter geben sollte.

Der **Schul-, Kultur- und Sozialausschuss** nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

1 x 1

1 x 10

TOP 2:

Ganztagesförderung und –betreuung von Schülerinnen und Schülern an beruflichen Schulen:

1. Sozialpädagogische Ganztagesförderung für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf und Ausweitung der Schulsozialarbeit auf die Kaufmännischen Schulen
2. Einrichtung von Ganztagesklassen im BVJ/BEJ und Modellversuch Ganztagesförderung im BK I ab dem Schuljahr 2011/2012

SKS-Nr. 8/2011

Landrat Pauli begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt **Herrn Bachmeyer** und **Frau Nagler-Boss** von der ABA Onstmettingen.

Herr Heneka erläutert die Sitzungsvorlage. Er erklärt, dass das System ordentlich angelaufen sei mit Ausnahme der Kaufmännischen Schulen, die mit ähnlichen Schülern versorgt seien, aber hierfür kein Personal haben. Die Schulsozialarbeit nehme an den Schulen einen hohen Stellenwert ein und sei nicht mehr wegzudenken. Aufgrund der guten Zusammenarbeit werde hier vorgeschlagen, dass die Stellen nicht mit dem eigenen Personal, sondern mit Personal von der ABA besetzt werden und die Stellen zunächst auf 2 Jahre befristet sind. Zum zweiten Teil der Drucksache informiert **Herr Heneka**, dass sich von uns drei Schulen beworben haben und das Land schon mitgeteilt habe, dass man mit einer Zusage rechnen könne. Deshalb werde vorgeschlagen, einer Beschulung in drei Klassen zuzustimmen und falls wir den Zuschlag erhalten, diese bei uns einzurichten.

Kreisrat Dr. Merkel teilt mit, dass die CDU-Fraktion beiden Vorschlägen zustimmen werde. Die Schulsozialarbeit sei tatsächlich für die Schulen und die zu Betreuenden notwendig. Der zweite Vorschlag sei ein sehr engagierter Vorschlag der Verwaltung.

Kreisrat Reyer erachtet die Schulsozialarbeit als eine wichtige und gute Arbeit. Nachdem das Land sich zurückgezogen habe sei es wichtig, dass der Kreis dies auffängt. Er möchte wissen, ob sich die Schulen schon Gedanken gemacht haben, wie die fünf zusätzlichen Schulstunden genutzt werden. Werden diese für Fachunterricht genutzt oder um Defizite aufzuarbeiten in Form von Nachhilfeunterricht.

Herr Rauch, Schulleiter der Hauswirtschaftlichen Schule Hechingen, erläutert, dass man mit dem Antrag der Ganztageesschule auch eine Konzeption vorlegen musste. Dabei musste man dem Kultusministerium gegenüber genau ausweisen, wie man die fünf Lehrerstunden einsetze. Dies könne ganz unterschiedlich gehandhabt werden. Bei der Hauswirtschaftlichen Schule sei es so, dass die fünf Stunden im praktischen Bereich verwendet werden.

Herr Straubinger ergänzt, dass es ganz klar vorgeschrieben sei, dass dies kein Unterricht sein soll. Er verweist auf die Power-Point-Präsentation, die zu diesem Thema gezeigt worden ist (diese liegt dem Protokoll bei), auf der die Betreuungsstunden im Stundenplan grau hinterlegt sind. Es könne jede Schule für sich das Programm erstellen, Voraussetzung sei, dass man es an vier Tagen in der Woche stattfinden lassen müsse.

Kreisrat Reyer hinterfragt nochmals, wie diese fünf Lehrerwochenstunden von den Kollegen ausgefüllt werden.

Herr Straubinger erklärt, dass es hierfür eine unterschiedliche Rechnung gebe. Wenn es eine Unterrichtsstunde betreffe, sei es eine Anrechnungsstunde für den Lehrer. Betreffe es eine Betreuungsstunde, dann wäre es eine Anrechnungsstunde für zwei Zeitstunden. Es hänge immer davon ab, was die Lehrperson tun müsse. Bei der Hausaufgabenbetreuung gebe es z. B. für zwei Stunden auch zwei Stunden.

Kreisrätin Zimmermann-Fütterer stellt also fest, dass es kein Angebot für die Schüler sei, sondern ein verpflichtender Unterricht für die Freizeitbetreuung.

Herr Straubinger bestätigt dies.

Kreisrat Beck spricht die vernetzte Schulsozialarbeit an. Man habe hier unterschiedliche Träger. Deshalb möchte er wissen, ob hier ein Austausch stattfindet, weil es bei der vernetzten Schulsozialarbeit wichtig sei, sich abzusprechen.

Herr Max, Schulsozialarbeiter am Gewerblichen Schulzentrum, informiert, dass ein Austausch stattfindet in einer unterschiedlichen Intensität. Im Zollernalbkreis gebe es einen Austausch der selbst organisiert sei.

Herr Heneka wirft ein, dass man die beiden Förderungen strikt trennen müsse, da die Fördertöpfe nicht neutral seien. Das Projekt Kompass dürfe sich in keinsten Weise mit der Schulsozialarbeit überschneiden, da es sonst nicht förderfähig wäre. Jeder Aufwand, der im Bereich Kompass betrieben werde, werde bei der L-Bank hinterfragt.

Kreisrat Beck erläutert, dass in Hechingen das Haus Nazareth Träger der kommunalen Schulsozialarbeit sei. An den Schnittstellen beginne dann die Schulsozialarbeit oft neu. Er möchte wissen, wo es die Zusammenarbeit gebe.

Landrat Pauli erklärt abschließend, dass ein Austausch stattfindet.

Anschließend fasst der **Schul-, Kultur- und Sozialausschuss** einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Ausschuss stimmt dem zeitlich auf 2 Jahre befristeten Konzept zur Weiterführung der Ganztagesförderung bei BVJ-Klassen zu und bewilligt Finanzmittel für 1,75 Personalstellen.
2. An den Hauswirtschaftlichen Schulen Albstadt und Hechingen werden im Bereich BVJ/BEJ und an der Gewerblichen Schule Balingen im Bereich BK I pädagogisch betreute Ganztagesklassen im Schuljahr 2011/12 als Modellversuch für zunächst zwei Schuljahre eingerichtet.

1 x 1

1 x 10

TOP 3:

Bewilligung über-/außerplanmäßiger Ausgaben in der Jahresrechnung 2010
SKS-Nr. 9/2011

Kreiskämmerer Schmidberger informiert, dass der Rechnungsabschluss 2010 fertig gestellt worden ist. Man habe verschiedene über-/außerplanmäßige Ausgaben festgestellt, die noch einer Zustimmung bedürfen. Davon fallen drei Überschreitungen in die Zuständigkeit des Kreistags. Diese Überschreitungen kamen nicht ganz überraschend, sondern waren teilweise schon bekannt. Trotz dieser über-/außerplanmäßigen Ausgaben konnte man insgesamt ein sehr gutes Rechnungsergebnis erzielen. Dieses liege knapp 4,2 Mio. besser als geplant.

Kreisrat Dr. Merkel hat keine Kritik an den Zahlen. Beim Deckungsring Jugendhilfe wolle er jedoch wissen, was eine sozialpädagogische Einzelbetreuung bedeute.

RD Wiget erklärt, dass hier ein Jugendlicher in der Familie von einer Fachkraft betreut werde.

Kreisrat Dr. Merkel möchte zusätzlich wissen, wie viele Fälle es hiervon gebe.

Herr Merz, Leiter des Jugendamtes, antwortet, dass es ca. 70 Fälle gibt.

Kreisrat Reyer sei zuerst erschrocken, als er die 2 Mio. EUR Mehrausgaben gesehen habe, aber durch höhere Ersätze habe sich der Nettoaufwand ja halbiert. Er bemängelt, dass wenn die Haushaltslage besser sei als erwartet, dann sei das nicht den Einsparungen der Verwaltung zu verdanken, sondern der besseren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Kreiskämmerer Schmidberger erläutert, dass die Vorgaben der Haushaltsstrukturkommission umgesetzt worden sind und darüber hinaus Einsparungen gemacht werden konnten.

Anschließend fasst der **Schul-, Kultur- und Sozialausschuss** einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Schul-, Kultur- und Sozialausschuss genehmigt über-/außerplanmäßige Ausgaben beim Deckungsring

Budget Amt 40

Budget Jugendamt

16.469,97 €

2. Dem Kreistag wird empfohlen die über-/außerplanmäßigen Ausgaben bei den Deckungsringen:

ZOLLERNALBKREIS

Blatt

Niederschrift über die Sitzung des Schul-, Kultur- und Sozialausschusses am Montag, 30.05.2011	in Balingen	öffentlich
---	-------------	------------

DR 41 - BSHG	Sozialhilfe	1.348.121,64 €
DR 45 – Jugendhilfe	Jugendhilfe	656.373,54 €
DR Unterhaltsvorschuss	Unterhaltsvorschussbeiträge	56.472,60 €
mit einer Gesamthöhe von		2.060.967,78 €

zu genehmigen.

1 x 1
1 x 14
1 x 4

TOP 4:
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
SKS-Nr. 10/2011

RD Wiget führt anhand der Power-Point-Präsentation, die diesem Protokoll beigelegt ist, in das Thema ein. Mit dem Bericht wolle man darlegen, wie der Zollernalbkreis im Vergleich zu den anderen Landkreisen dastehe, bezogen auf den Regierungsbezirk, als auch auf das Land Baden-Württemberg.

Kreisrat Jaensch spricht das Persönliche Budget an. Letztes Jahr sei in der Druckvorlage zu lesen gewesen, dass es Ziel sein müsse, die Inanspruchnahme des Budgets aufzubauen z. B. durch Informationsveranstaltungen. Im letzten Jahr lag das persönliche Budget bei 6, heute bei 8. In anderen Landkreisen gebe es bis zu 70 persönliche Budgets. Er möchte wissen, was man zu tun gedenke, um das voranzutreiben.

RD Wiget erklärt, dass es drei Landkreise gebe, die als Projektlandkreise schon zwei Jahre Vorlauf haben. In der Statistik sei das echte persönliche Budget aufgeführt. In anderen Landkreisen werde z. B. auch gewertet, wenn man eine Fahrkarte erhält. Ziel sei, es im Gespräch mit den Trägern auszuweiten und in der Behindertenhilfe einen noch stärkeren Akzent zu setzen.

Kreisrat Jaensch fügt noch an, dass die Dezentralisierung, die die Verwaltung im Zusammenhang mit Mariaberg forcieren, eine gute Sache sei und auch unterstützt werden sollte.

Kreisrat Reyer spricht das stationäre Wohnen an. Von Mariaberg sei ein Wohnheim in Balingen mit 24 stationären Plätzen erstellt worden. Wenn nun Menschen mit Behinderungen schon außerhalb des Kreises untergebracht sind, würde das für sie bedeuten, dass sie in den Zollernalbkreis zurückgebracht werden. Er sieht hier erhebliche Schwierigkeiten. Oder gelte dies auch für Menschen, die schon länger in Mariaberg untergebracht sind. Er möchte wissen, wer das dann entscheidet. Der Betreuer oder werde versucht den Wunsch des stationär Unterbrachten zu erforschen.

RD Wiget erklärt, dass das ganz klar vom Willen des Bewohners oder seines Betreuers abhängen. Die Möglichkeit in Balingen sei geschaffen worden, um die 24 Plätze mittel- oder langfristig mit Menschen aus dem Zollernalbkreis zu belegen. Die Sozialhilfe werde aber keinen zu einem Umzug zwingen. Man gehe davon aus, dass die 24 Plätze vorerst nur mit einem geringen Teil der Menschen aus dem Zollernalbkreis, die im Moment noch in Mariaberg untergebracht sind, belegt werden.

Kreisrätin Zimmermann-Fütterer spricht die Statistiken an, nach der es bei einer Statistik in Lörrach 1.010 behinderte Menschen habe und der Zollernalbkreis nur einen. Sie könne mit den Vergleichszahlen nur wenig anfangen.

RD Wiget informiert, dass die Übersichten nur Anhaltspunkte geben, aber die Strukturen in der Behindertenhilfe sehr unterschiedlich seien, deshalb müsse man hier aufpassen.

Der Bericht wird vom **Schul-, Kultur- und Sozialausschuss** zur Kenntnis genommen.

1 x 4

1 x 41

TOP 5:

Teilhabeplan für Menschen mit Behinderungen im Zollernalbkreis

SKS-Nr. 11/2011

RD Wiget erläutert die Sitzungsvorlage und weist darauf hin, dass der Zollernalbkreis der 17. Landkreis sei, der an diese Planung gehe.

Kreisrat Jaensch findet es gut, dass man sich die Arbeit mache und eine solche Planung aufstellt. Für ihn sei es wichtig, dass die Behinderten selber mitentscheiden und mitwirken können.

Er möchte einen Antrag zu Ziff. 3 des Beschlussvorschlages stellen und zwar insofern, als dass nicht nur kommunale Träger an der Planung mitarbeiten, sondern an der Gestaltung des Planes auch ein Behindertenverband mitwirken könne.

Landrat Pauli entgegnet, dass er hierfür nicht extra einen Antrag stellen müsse. Man nehme die Anregung gerne auf und werde darauf achten, dass auch Betroffene in die Planung mit eingebracht werden. Das wäre eh schon vorgesehen gewesen.

RD Wiget ergänzt, dass sämtliche Bildungsverbände, Betroffene und Behindertenbeauftragte mit eingeladen werden.

Anschließend fasst der **Schul-, Kultur- und Sozialausschuss** einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Zollernalbkreis erstellt Teilhabepläne für Menschen mit Behinderung.
2. In einem ersten Schritt soll der Bereich körperlich, geistig und mehrfach behinderter Menschen angesprochen werden.
3. Der Plan soll im Zusammenwirken mit dem überörtlichen Sozialhilfeträger (KVJS) erstellt werden. Dabei soll der KVJS den Landkreis auf sozialwissenschaftlicher Basis unterstützen. Insbesondere die Bedarfseinschätzungen und Handlungsempfehlungen sollen gemeinsam nach Auswertung der erhobenen Daten erarbeitet werden.
4. Der Kostenrahmen für den ersten Teilplan soll bis 25.000,- EUR betragen.

1 x 4

1 x 41

TOP 6:

Umsetzung des "Bildungspakets" im Zollernalbkreis
SKS-Nr. 12/2011

RD Wiget verweist auf die Sitzungsvorlage. Er zeigt anhand der Power-Point-Präsentation die wesentlichen Änderungen im SGB II auf und die Leistungen, die durch das Bildungspaket erfüllt werden sollen. Im Bereich Sozialamt gebe es 50 Anträge und im Bereich Jobcenter 170 Anträge.

Kreisrat Reyer möchte wissen, ob die drei zusätzlichen Personalstellen im Haushaltsplan 2012 bereitgestellt werden.

Da die Anträge jetzt schon eingehen, müsse man mit der Antragsbearbeitung jetzt schon beginnen, so dass die Stellen im Stellenplan 2012 ausgewiesen werden, so **RD Wiget**. Man beginne aber schon jetzt mit zwei Stellen.

Kreisrätin Conradi äußert, dass die Antragstellung laut Presse schleppend losgegangen sei. Sie möchte wissen, ob man da auf die Familien zugehe.

RD Wiget erklärt, dass alle Wohngeldempfänger und Empfänger von Kindergeld angeschrieben und darauf aufmerksam gemacht worden sind. Er gehe davon aus, dass sich die Zahlen noch deutlich erhöhen werden.

Anschließend fasst der **Schul-, Kultur- und Sozialausschuss** einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Zuständigkeit für die Gewährung der Leistungen nach dem Bildungspaket im Rahmen des SGB II bleibt dem Jobcenter Zollernalbkreis übertragen.
2. Die Umsetzung des Bildungspaketes nach dem SGB XII und dem Bundeskindergeldgesetz (einschließlich Wohngeld) wird organisatorisch dem Kreissozialamt zugeordnet, soweit die Zuständigkeit auf die Stadt- und Landkreise übertragen wird.
3. Für den Bereich des SGB XII und des Bundeskindergeldgesetzes sollen bis zu 3 zusätzliche Personalstellen bereitgestellt und im Stellenplan 2012 ausgewiesen werden.
4. Der Antrag auf Übernahme in die Dienste des Landkreises der beiden Mitarbeiter der Stadtverwaltung Albstadt wird befürwortet. Die für den personellen Bereich notwendigen Beschlüsse des zuständigen Ausschusses bzw. Kreistages sind gesondert zu fassen.

1 x 4

1 x 41

TOP 7:

Bericht über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach § 41 ff.SGB XII

SKS-Nr. 13/2011

RD Wiget erläutert die Sitzungsvorlage.

Kreisrätin Kieckbusch hinterfragt, ob man auf die Leute zugehe und darüber informiere, dass sie etwas beantragen können.

RD Wiget antwortet, dass man nicht einzeln auf die Leute zugehe. Die Menschen im Zollernalbkreis haben durch die frühere hohe Frauenarbeitsquote eine passable Rente und Viele haben es deshalb nicht nötig, eine Grundsicherung zu beantragen.

Kreisrätin Zimmermann-Fütterer ergänzt, dass der Rentenversicherungsträger mit dem Rentenbescheid jedes Jahr ein Schreiben in der Anlage mit versende auf dem die Information stehe, dass man auch Anspruch auf Grundsicherung habe und man bei der Kommune nachfragen könne.

Kreisrat Dr. Rewes möchte wissen, warum sich die Zahlen der Antragsteller so enorm unterscheiden.

RD Wiget verweist nochmals auf die Rente von früher.

Kreisrat Dr. Merkel fragt nach, seit wann der Wegfall der Prüfung der Unterhaltspflicht von Angehörigen Gesetz sei.

RD Wiget antwortet, dass dies seit es die Grundsicherung gebe, Gesetz sei.

Kreisrat Dr. Merkel ist dankbar, dass der Bund ab 2014 zu 100 % die Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter übernehme, da es keine Uraufgabe des Landkreises sei.

Kreisrätin Zimmermann-Fütterer möchte nochmals eine Antwort auf die Frage von Dr. Rewes geben. Vor Jahren habe man eine Auflistung über die Rentenhöhen im Zollernalbkreis gehabt. Dabei hatte der Zollernalbkreis im Schnitt eine höhere Rente, während es das in Reutlingen nicht gab.

Der **Schul-, Kultur- und Sozialausschuss** nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

1 x 4

1 x 41

TOP 8:

Finanzausstattung der Philipp-Matthäus-Hahn-Stiftung
SKS-Nr. 14/2011

Landrat Pauli begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Geschäftsführer der Philipp-Matthäus-Hahn-Stiftung, **Herrn Schiefer**. Er verweist auf die Sitzungsvorlage und fasst nochmals kurz die Finanzsituation der Stiftung zusammen.

Kreisrat Dr. Merkel ist einig mit dem Beschlussvorschlag. Es könne nicht angehen, dass auf Grund der Zinshöhe, für die niemand etwas könne, keine Stipendien mehr ausbezahlt werden können.

Kreisrat Jaensch möchte wissen, welche Kriterien es für die Vergabe der Stipendien gebe, ob es nur nach den Noten gehe und ob auch die finanzielle Situation der Familie berücksichtigt werde.

Ebenso hinterfragt **Kreisrätin Conradi**, was eine Verschärfung der Kriterien bedeute.

Herr Schiefer erläutert, dass der Notendurchschnitt in den letzten Jahren immer mal wieder nach oben gesetzt worden ist, aber nun seit einiger Zeit konstant bei 2,0 liege. Soziale Aspekte können bei der Vergabe nicht geprüft werden. Für den Stiftungsvorstand sei auch wichtig, dass die Studienaufenthalte ins fremdsprachige Ausland gehen.

Anschließend fasst der **Schul-, Kultur- und Sozialausschuss** einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Philipp-Matthäus-Hahn-Stiftung werden in den Jahren 2011, 2012 und 2013 jeweils 5.000 € aus Kreismitteln zur Finanzierung von Stipendien bereit gestellt.

1 x 2

1 x 22

1 x 14

TOP 9:
Anfragen und BekanntgabenSozialwissenschaftliches Gymnasium in Albstadt

Landrat Pauli gibt bekannt, dass der Einrichtung und Errichtung eines Sozialwissenschaftlichen Gymnasiums an der Hauswirtschaftlichen Schule in Albstadt vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zugestimmt wurde.

1 x 1

1 x 10

Anfrage von **Kreisrätin Zimmermann-Fütterer** zur Nutzung der Sportstätten in den Schulferien

Kreisrätin Zimmermann-Fütterer weist auf eine Anfrage von **Kreisrat Dr. Foth** im Gemeinderat der Stadt Balingen hin, ob eine Nutzung der Sportstätten während der Schulferien möglich sei. Sie möchte wissen, ob dies für die Kreissporthallen auch schon geprüft worden ist.

Landrat Pauli erläutert, dass die Kreissporthallen folgende Ferienregelungen haben: Weihnachten, Fasnet, Ostern, Pfingsten generell geschlossen, in den Sommerferien ab der letzten Ferienwoche geöffnet, in den Herbstferien ebenfalls geöffnet.

Die städtischen Belegungsanteile liegen in Albstadt bei 32 %, Balingen 48 % und Hechingen 45 %. Aus Sicht von **Landrat Pauli** könne man über eine Ausdehnung der Öffnungszeiten reden. Jedoch müssten dann die Städte selbst für eine ordentliche Nutzung – einschließlich Hausmeisterdienste sorgen. Falls diese die Aufgabe nicht übernehmen wollen, müssten sie dem Kreis den entstehenden Aufwand ersetzen.

Herr Wolf ergänzt, dass der Kreis versuche, die Kosten für die Vereine zu reduzieren, indem man sie mehr mit einbeziehe z. B. dass sie ohne Hausmeister klar kommen. Dies sei aber nicht immer ganz einfach. Zudem weist er darauf hin, dass die Städte den Eigenanteil der Kosten bezahlen. Wenn sich die städtische Belegung erhöhe, verschiebe sich auch der Kostenschlüssel.

Herr Heneka wirft noch ein, dass die Städte die Nutzung der Hallen unterschiedlich handhaben. Der Kreis konzentriere sich z. B. in den Ferien auf die Öffnung einer Halle, um die Kosten gering zu halten. Vielleicht sollten die Städte ihre Öffnungszeiten auch etwas überdenken.

Landrat Pauli weist abschließend nochmals darauf hin, dass die Sporthallen Einrichtungen für die Bürger sind und auch offen sein sollten.

1 x 1

1 x 10

Anfrage von **Kreisrat Jaensch** zum Behindertenbeauftragen im Zollernalbkreis

Kreisrat Jaensch spricht den Behindertenbeauftragten des Zollernalbkreises an. Er ist der Meinung, dass dieser künftig aus betroffenen Kreisen stammen sollte und Fachkenntnisse mitbringen sollte und nicht ausgelost werde.

Landrat Pauli erklärt, dass er bei seinem Amtsantritt den kommunalen Behindertenbeauftragten bestimmt habe. Dies sei **Bürgermeister Weber** aus Hechingen. **Herr Weber** habe diese zusätzliche Arbeit aufgenommen, weil er bisher auch in der Behindertenförderung engagiert gewesen sei. Er denkt, dass der Zollernalbkreis mit ihm auf einem guten Weg sei.

Kreisrat Jaensch entgegnet, dass sich **Herr Weber** bei einer Konferenz in der Weiher Schule nicht gerade als Fachkraft heraus getan habe. Deshalb sei seine Forderung, dass dies ein Betroffener sein sollte.

Kreisrat Dr. Merkel wirft ein, dass man **Herrn Weber** in seiner Abwesenheit nicht kritisieren sollte, sondern zuerst mit ihm reden.

RD Wiget informiert, dass die Behindertenbeauftragten in anderen Landkreisen zum Teil behinderte Menschen seien, aber es seien auch viele andere Menschen. Er selbst habe schon wiederholt Kontakt zu **Herrn Weber** gehabt. Er arbeite im Stillen, wo er vermittelt und sich verschiedene Dinge anhört und so auch manches bewege. Er schätze die Arbeit von **Herrn Weber** als gut ein.

Kreisrat Jaensch beschwichtigt, dass er nicht über die Person Weber reden wolle, sondern einfach nur anmerken wollte, dass er kein Betroffener sei.

Herr Wolf erläutert, dass man im Kreis gerade Erfahrungswerte mit Menschen mit Behinderung sammle. Man habe eine junge Frau mit einer Schwerbehinderung eingestellt und teste nun in verschiedenen Bereichen, wo man die junge Frau unterbringen könne. Der Kreis sei wirklich intensiv an dem Thema dran und sammle praktische Erfahrungen.

Kreisrat Jaensch lobt diese Vorgehensweise.

1 x 4

1 x 10

Nachdem keine weiteren Anfragen und Bekanntgaben vorliegen, bedankt sich der Vorsitzende für die Beratung und schließt die Sitzung.

ZOLLERNALBKREIS

Blatt

Niederschrift über die Sitzung des Schul-, Kultur- und Sozialausschusses
am Montag, 30.05.2011 in Balingen

öffentlich

Landrat

Kreistag

Schriftführerin